

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Drahtschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25 241.
Für Nachgelieferter: 20011.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Juni 1924 bei täglich fortwährender Zustellung drei Haus 1,50 Goldmark, Postbezugspreis für Monat Juni 2,50 Goldmark. Einzelnummer 10 Goldpfennig.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einpaltige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pfg., auswärts 20 Pfg., die 10 mm breite Reklameweile 150 Pfg., auswärts 200 Pfg., Übersetzergebühren 10 Pfg. Ausw. Aufträge gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Martenstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Der neue Versuch zur Rechtskoalition.

Strefemann erklärt sich Dr. Marx gegenüber zum Verzicht auf das Außenministerium bereit. Erste Ergebnisse der Untersuchung des Affentals gegen Dr. Seipel. — Der Strafantrag gegen Ankermann.

Die Deutschnationalen abermals bei Dr. Marx.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 2. Juni. Nach der heutigen Plenarsitzung verhandelte Reichskanzler Marx zunächst mit den Vertretern der Deutschnationalen. Diese waren durch die Abm. Dr. Graf Westarp und Schiele vertreten. Auch der Landwirtschaftsminister Graf Kanitz, der bekanntlich vor dem Eintritt in das Landwirtschaftsministerium aus der Reichstagsfraktion der Deutschnationalen ausgetreten ist, war zugegen. Ueber den Inhalt der Besprechung bewahren die Beteiligten Verschwiegenheit. Wie es jedoch heißt, dürfte es sich dabei wieder um die Person Dr. Stresemanns, sowie um die Zusammenfassung der preussischen Regierung gehandelt haben. In letzterer Beziehung sei aber anzunehmen, daß der Reichskanzler jede Einflussnahme auf innere Angelegenheiten eines einzelnen Staates ablehne und in dieser Frage nicht nachgeben werde. Von deutschnationaler Seite seien nach wie vor gegen die Person Dr. Stresemanns bei der Bildung eines Kabinetts der bürgerlichen Parteien schwere Bedenken erhoben worden. Wenn die Frage der preussischen Koalition hineinspielt, so sei ihre Rolle aber doch keine absolut entscheidende. Die Mittelparteien hätten beschlossen, in der Frage der Außenpolitik von den Deutschnationalen eine ganz klare Erklärung zu verlangen. Diese Erklärung soll den Mittelparteien bis Dienstag vormittag 11 Uhr überreicht werden. Nachdrücklich als jemals mache sich jetzt auch der Widerstand der gegen die Deutschnationalen eingetretenen Kreise bemerkbar. So ist man in Zentrumskreisen dabei, mit dem Aufseher aller Kräfte zu versuchen, die Bildung der neuen Regierung auf dem Boden der Mitte durchzuführen. In den Kreisen der Rechten erhebt man eine weitläufige Ursache für das bisherige Scheitern der bürgerlichen Koalition auch im Verhältnis des Reichspräsidenten, der an Dr. Marx festhält, ganz gleich ob dieser ein einheitliches bürgerliches oder ein kleines bürgerliches Kabinett zu bilden gedenkt. Der Reichspräsident hat bisher zu mannigfachen Anregungen, eine andere Persönlichkeit aus den Reihen bürgerlicher Politiker mit der Kabinettsbildung zu beauftragen, noch nicht Stellung genommen. Hier liegt, so betont man, die eigentliche Schwierigkeit für die Bildung einer großen bürgerlichen Koalition. Trotzdem gewisse Wendungen ja noch im letzten Augenblick durchaus nicht ausgeschlossen sind, scheint es doch als ob es zum Eintritt der Deutschnationalen in das Kabinett kommen wird.
Die demokratische Reichstagsfraktion hielt in den Abendstunden eine Sitzung ab, in der sie folgende Entscheidung fällte: Nachdem die Deutschnationale Volkspartei öffentlich erklärt hat, daß sie eine Kontinuität der bisherigen Außenpolitik ablehnt und eine Kursänderung auf dem Gebiete der Außenpolitik verlangt, die zu der Auflösung der drei bisherigen Regierungsparteien vereinbarten Plattform in diametralen Gegensatz steht, fordert die demokratische Fraktion den Reichskanzler auf, dieser Aufgabe Rechnung zu tragen und zu dieser Regierungsbildung zu schreiten, da eine weitere Unsicherheit die Lage außenpolitisch gefährdet und wirtschaftlich unerträglich sei.
Nach der Besprechung mit den Deutschnationalen berief der Kanzler die Vertreter der Mittelparteien zu sich.

Die unveränderte Verhandlungsbereitschaft der Deutschnationalen.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 2. Juni. Die deutschnationale Reichstagsfraktion hielt im Anschluß an die Besprechungen des Kanzlers Marx mit ihren Vertretern eine Sitzung ab, die sich bis in die sechste Abendstunde hinzog. Die Fraktion erklärte sich mit den Verhandlungen, die ihre Unterhändler mit dem Reichskanzler geführt haben, einverstanden und beauftragte sie, diese Verhandlungen fortzusetzen. Die Unterhändler haben zwar völlig freie Hand in den Verhandlungen, sie sind aber selbstverständlich an den in mehreren Beschlüssen formulierten Standpunkt der Fraktion gebunden und haben auch nicht das Recht, ein endgültiges Übereinkommen selbstständig zu treffen. Im Laufe der Sitzung war das im Reichstage verbreitete Gerücht von einer befristeten ultimativen Anfrage der Mittelparteien an die Deutschnationalen auch der Fraktion bekannt geworden. Sie zog an den zuständigen Stellen Erkundigungen ein und erhielt die Auskunft, daß die Mitteilung in dieser Form nicht richtig sei. Der Reichskanzler erwarte im Gegenteil, daß die Verhandlungen fortgesetzt werden und hoffe in erneuten Besprechungen im Laufe des Dienstag vormittag noch eine Einigung über einige Punkte seiner Kanzlerrede erzielen zu können, mit deren Ausarbeitung er gegenwärtig beschäftigt ist. Wie es heißt, hat der Kanzler gegenwärtig die Absicht, da er von den Parteien, die bisher seine Hauptstützen waren, gedrängt wird, der Krise endlich ein Ende zu bereiten, schon in aller nächster Zeit, voraussichtlich am Mittwoch, möglicherweise sogar noch am Dienstag mit dem bisherigen Kabinett vor dem Reichstage zu treten, wenn bis dahin die Verhandlungen mit den Deutschnationalen sich abermals zerfallen sollten.

Eine wichtige Erklärung Dr. Stresemanns.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 2. Juni. Die parlamentarische Gesamtsitzung von heute, die sich gegen Sonnabend wieder vollzogen verhandelt hat, kann dahin zusammengefaßt werden,

daß Verhandlungen über die Bildung einer Regierung des Bürgerblocks mit vermehrter Aussicht wieder aufgenommen worden sind. Die Demokraten haben jetzt kategorisch erklärt, daß sie an der Regierungsabstimmung desinteressiert seien. Sie haben außerdem ihre Bedenken gegen eine Regierung mit den Deutschnationalen noch nicht überwunden. Die Bildung einer Regierung der Mitte ist u. a. auch dadurch beeinträchtigt worden, daß die Bauernische Volkspartei einen Wechselschritt hat, in einer solchen Regierung nicht mitzuwirken. Inzwischen hat der Reichskanzler Dr. Marx auch den Führer der neugegründeten Wirtschaftspartei, Prof. Dr. Vredt, zu Besprechungen über die Regierungsabstimmung eingeladen. Diese Besprechungen hatten aber nur informativ Charakter. Die Wirtschaftspartei hat sich in einer Fraktionsabstimmung nicht angeschlossen. Die Fraktion der Deutschnationalen hat sich ebenfalls nicht angeschlossen. Die Fraktion der Deutschnationalen hat sich ebenfalls nicht angeschlossen. Die Fraktion der Deutschnationalen hat sich ebenfalls nicht angeschlossen.

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei und Strefemann

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 2. Juni. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei gab gegen 3 Uhr folgende Mitteilung aus:
Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hat in ihrer Sitzung vom 2. Juni wiederholt zu den Gerüchten und Zusammenstellungen Stellung genommen, daß die Fraktion den Parteiführer Außenminister Dr. Strefemann fallen ließe. Sie stellt demgegenüber fest, daß sie und ihre Verhandlungsführer nicht an ihm aus sachlichen und persönlichen Gründen schicksalhaft seien. Wenn sie die Entscheidung auch von dem Willen des Herrn Dr. Strefemann abhängig gemacht hat, so war das zunächst eine Selbstverständlichkeit, entsprach aber auch der eigenen Haltung des Herrn Dr. Strefemann gegenüber dem Reichskanzler Marx. Die Fraktion verweist wiederholt auf ihren Beschluß vom 31. Mai, wonach sie zu ihrer Haltung in erster Linie durch die Erwägung bestimmt worden ist, daß es aus sachlichen Gründen geboten ist, im In- und Ausland durch einen Personenswechsel nicht den Anschein einer außenpolitischen Kursänderung hervorzuheben.

Die Arbeitswiederaufnahme im Ruhrgebiet.

(Durch Funkspruch.)
Essen, 2. Juni. Im gesamten Ruhrbergbau sind heute 85,52 Prozent der Belegschaft der Frühfrühling eingezogen. Im Bergrevier Duisburg, wo die Kommunisten am härtesten vertreten sind, betrug die Zahl der Arbeitswilligen sogar 97,92 Prozent der Gesamtbelegschaft. Es ist nirgends zu Ruhestörungen gekommen. (B. L. B.)



Erz. Dr. Waltraf
der neue Reichstagspräsident.

Sieg der Parteien über das Wahlergebnis?

Der arme deutsche Wähler, der da glaubte, daß in einer Demokratie sein Urteil und das sich aus ihm ergebende Wahlergebnis die Grundlage für die Gestaltung der deutschen Politik ausschlaggebend sei, erhält jetzt angefeindet der offenbar übermächtigen Tendenzen bei der Regierungsabstimmung von den Parteigewaltigen ein vernichtendes Zeugnis: Er hat falsch gewählt! Wie konnte er auch daran zweifeln, daß es sich bei der Wahl nur darum handeln konnte, die demokratisch-sozialistische Regierungswahl als aller Weisheit letzten Schluß durch sein Votum zu bekräftigen! Er hat an diesen fundamentalen Grundsätzen der Leitung der deutschen Weisheit zu rütteln, er hat über die Wertbeständigkeit der leitenden Männer und ihrer Politik zu urteilen gewagt, und das ist das schlimmste Verbrechen, das es in Deutschland gibt. Dieses Urteil muß korrigiert werden, und wie das zu machen versucht wird, erfahren wir jetzt bei den Versuchen zur Neubildung bzw. Wiederneuerung der Regierung, die bereits vor den Wahlen mit der damals ungleich größeren Stärke ihrer Anhänger nur unter Ausschaltung des Reichstages mit Hilfe von Ermächtigungsgesetzen regieren, die mit den Sozialisten nicht zusammenarbeiten konnte und deshalb den Reichstag auflösen mußte. Mit Staunen hört der Wähler aus der demokratischen Presse, daß er seine Stimme nur unter dem einen Gesichtspunkt: „Für oder wider das Schwereinständenaugentatzen“ abgegeben hat, und daß die jetzige Regierung nicht desavouiert worden sei, weil sich mit Einfluß der Sozialisten und mit Einrechnung der 16 Abgeordneten der Bauernischen Volkspartei, deren Haltung durchaus noch nicht feilscht, eine Mehrheit von 17 Stimmen für die Regierung Marx erhalt. Daraus, daß sich die Wahlen nicht zuletzt gegen die sozialistischen Methoden gewandt haben, deren Schuldfonto an dem Zusammenbruch der Wirtschaft klar erkannt worden ist, davon, daß nach dem vernichtenden Wahlergebnis gegen die Sozialdemokratie endlich mit dem sozialistischen Einfluß auf die Regierung Schluss gemacht werden mußte, ist heute keine Rede mehr. Vielmehr beabsichtigen die Regierungsparteien, sich völlig dem Diktat der Sozialdemokratie zu unterwerfen, da ohne ihre Zustimmung die Ministerbeiraterung Marx nicht leben kann. Die verheerende Große Koalition, in der der Einfluss der radikalisierten Sozialdemokratie sich um so unheimlicher ausbreiten kann, als sie durch keinerlei Verantwortlichkeit sozialistischer Minister behindert wird, soll trotz dem Wahlergebnis dem deutschen Wähler wieder vorgesetzt werden, wenn nicht noch im letzten Augenblick die Dinge eine allerdings nicht mehr sonderlich wahrscheinliche Wendung nehmen. Man verhängnisvoll haben sich dazu bereits die ungebürlichen Fehler ausgewirkt, die bei den bisherigen, Anfangs recht ausföhrlichen Verhandlungen über einen Bürgerblock gemacht wurden.

Es war der erste große taktische Fehler, daß man das Programm gegen die Persönlichkeit stellte, daß man nicht versuchte, eine Persönlichkeit ihr Programm entwickeln zu lassen, zu dem dann die einzelnen Fraktionen Stellung nehmen konnten, sondern daß man das Programm der Mittelparteien zur Freude des Auslandes und der Sozialisten veröffentlichte und — eine groteske Zumutung — es der härtesten Partei des Reichstages gewissermaßen als Ultimatum vorlegte. In der durch den Rücktritt der Reichsregierung eingeleiteten zweiten Phase aber wurde die Neubildung der Regierung von dem Reichspräsidenten Ebert auf ein Geis geübt, das eine Einigung von vornherein als wenig aussichtsreich erscheinen lassen mußte. Hierbei zeigte sich sofort wieder, mit wie wenig Berechtigung man Herrn Ebert als einen überparteilichen Repräsentanten des Reiches ansprechen kann. Er hat es nicht über sich bringen können, seiner Partei gegenüber das Odium auf sich zu nehmen und einen Deutschnationalen als den Vertreter der härtesten Fraktion des Reichstages mit der Regierungsabstimmung zu beauftragen, um damit die Möglichkeiten einer Lösung auszuschöpfen, die nach wie vor als das einzige positive Ziel auf Grund des Wahlergebnisses angesprochen werden muß. Die geschlagene Sozialdemokratie wieder in eine einflussreiche und entscheidende Stellung gegenüber der künftigen Regierung hineinzumandrieren war das Ziel des Reichspräsidenten, als er Dr. Marx wieder die Aufgabe der Regierungsabstimmung übertrug. Es mag dahingestellt bleiben, ob es Dr. Marx ehrlich um eine Verständigung mit den Deutschnationalen zu tun war, als er auf Drängen der Deutschen Volkspartei die Verhandlungen mit ihnen aufnahm. Man kann daran zweifeln, wenn man daran denkt, daß er der härtesten Gruppe der neu zu bildenden Koalition zumute, in der neuen Regierung weder durch den Reichskanzlerposten noch durch den des Außenministers vertreten zu sein. Einen dieser beiden Posten zu besetzen, war ein billiges Verlangen der Deutschnationalen, dem um so eher nachgegeben werden konnte, als sie für den Außenminister keinen abgestempelten Parteipolitiker, sondern den sachmännischen Diplomaten v. Rabowitsch vorschlugen. Sie traten in diese Verhandlungen ein, obwohl gerade die Person